ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Eckerstorfer, Paul et al.

Article

Die Vermögensverteilung in Österreich und das Aufkommenspotenzial einer Vermögenssteuer

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Eckerstorfer, Paul et al. (2014) : Die Vermögensverteilung in Österreich und das Aufkommenspotenzial einer Vermögenssteuer, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 40, Iss. 1, pp. 63-81

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/332921

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Die Vermögensverteilung in Österreich und das Aufkommenspotenzial einer Vermögenssteuer*

Paul Eckerstorfer, Johannes Halak, Jakob Kapeller, Bernhard Schütz, Florian Springholz, Rafael Wildauer

1. Einleitung

Vermögen wird in Österreich seit dem Aufheben der Vermögens- (1993) und der Erbschaftssteuer (2008) nur mehr einer sehr geringen bis gar keiner Besteuerung unterzogen. Der Anteil der vermögensbezogenen Steuern am gesamten Steueraufkommen liegt mit 1,2% (2011) deutlich unter dem OECD-Schnitt von 5,4%.[1] Nachdem Bankenrettungen und steigende Arbeitslosenzahlen nicht nur hier, sondern weltweit die Staaten vor Finanzierungsschwierigkeiten stellen, rückt neuerdings die Vermögenssteuer auch international wieder ins Zentrum der Debatte. Gegenstand einer solchen Steuer ist das Nettovermögen (Gesamtvermögen abzüglich Schulden), wobei natürlich vom Gesetzgeber Ausnahmen für gewisse Vermögensbestandteile eingeführt werden können. Island und Spanien führten sie während der Krise wieder ein, und unlängst erregte der IWF mediale Aufmerksamkeit, als er auf das beträchtliche Aufkommenspotenzial einer Vermögenssteuer hinwies: Eine Besteuerung der reichsten 10% der Bevölkerung könne bei einem Steuersatz von 1%, so der IWF, in den Euro-Ländern ein Aufkommen von etwa 1% des BIP generieren.[2]

Eine Vermögenssteuer ist aber nicht nur ein wirtschaftspolitisches Instrument zur Einnahmengenerierung für den Staat, sie ist auch ein gesellschaftspolitisches Instrument, um einer zunehmenden Ungleichverteilung der Vermögen entgegenzuwirken. Zunehmende Vermögenskonzentration kann sowohl aus sozialer als auch aus ökonomischer Sicht eine Gefahr für die Stabilität einer Gesellschaft darstellen.[3] So zeigen Wilkinson und Pickett (2007), dass das Niveau gesellschaftlicher Ungleichheit in

* In diesem Artikel geäußerte Meinungen stellen die privaten Ansichten der Autoren dar und decken sich daher nicht notwendigerweise mit jenen der nachfolgend genannten Institutionen, in denen diese beschäftigt sind. Teile dieses Beitrags sind bereits unter dem Titel „Reichtumsverteilung in Österreich“ in der Nummer 36/4 (2013) der Wirtschafts- und sozialpolitischen Zeitschrift (WISO) erschienen.

einem direkten Zusammenhang mit gesellschaftlichen Problemstellungen wie Lebenserwartung, Bildungsleistung, Selbstmordraten, Fettleibigkeit, Teenager-Schwangerschaften, mentalen Krankheiten, Fremdenfeindlichkeit, Drogenkonsum und Inhaftierungsraten steht.

Eine zentrale Rolle im öffentlichen Diskurs spielt das Aufkommenspotenzial einer Vermögenssteuer. Um dieses für diverse Ausgestaltungsvarianten abschätzen zu können, bedarf es allerdings genauer Daten bezüglich der vorhandenen Vermögen und deren Verteilung. Hierzu war die Datenlage in Österreich bis vor Kurzem eher spärlich: Die wenigen existierenden Studien bezogen sich aufgrund der Datenlage immer nur auf Subkomponenten des Gesamtvermögens (z. B. Finanzvermögen).[4] Seit Kurzem gibt es allerdings mit dem von der EZB koordinierten und den einzelnen europäischen Nationalbanken durchgeführten „Household Finance and Consumption Survey“ (HFCS) erstmals eine umfassende haushaltsbezogene Erhebung zur Vermögenssituation und den disaggregierten Vermögensbestandteilen (Finanzvermögen, Sachvermögen, Schulden etc.), welche einen bislang nicht möglichen Einblick in die Vermögenssituation österreichischer Privathaushalte erlaubt.

Generell sind derartige Erhebungen mit zahlreichen Schwierigkeiten konfrontiert, die antizipiert werden müssen, um zu einer möglichst realitätsgetreuen Einschätzung zu gelangen: Sie können falsche Angaben und Antwortverweigerungen enthalten und repräsentieren die Vermögensverteilung nicht vollständig, da die oberste Spitze der VermögensinhaberInnen zumeist gar nicht in der Befragung auftaucht.[5]

Während die meisten dieser Nachteile im Zuge des Survey-Designs des HFCS Berücksichtigung finden und daher im Rahmen der Durchführung der Befragung antizipiert werden, korrigiert das Design des HFCS nicht für die fehlende Repräsentativität bei den größten Vermögen.[6] Dies stellt eine Einschränkung der Anwendbarkeit dieser Daten dar, die ganz besonders für Fragen nach Vermögenskonzentration und Vermögensbesteuerung relevant ist. Schließlich besitzt die betreffende Personengruppe einen hohen Anteil des Gesamtvermögens und ist für eine seriöse Aufarbeitung der Vermögenssituation daher von besonderer Bedeutung.

Zum Ausgleich dieser Verzerrung ergänzen wir den HFCS-Datensatz mit einer Schätzung des obersten Segments der Vermögensverteilung auf Basis eben jener HFCS-Daten. In der ökonomischen Literatur hat sich zur statistischen Erfassung der Vermögensverteilung die Annahme einer Pareto-Verteilung etabliert.[7]

Dieser Beitrag stellt zuerst den zugrunde liegenden HFCS-Datensatz sowie die daraus hervorgehenden Ergebnisse vor (Abschnitt 2). Anschließend folgt eine Behandlung der zur Datenkorrektur verwendeten Methode (Abschnitt 3) sowie eine Präsentation der daraus resultierenden neuen Ergebnisse (Abschnitt 4). Abschnitt 5 stellt schließlich die Frage nach den

Implikationen der hier vorgenommenen Korrektur für das geschätzte Aufkommen einer Vermögenssteuer, wobei sechs verschiedene hypothetische Steuermodelle simuliert und die jeweiligen Resultate verglichen werden. Abschnitt 6 fasst die Ergebnisse nochmals zusammen.

2. Vermögensverteilung laut HFCS

Die Datenerhebung für den HFCS erfolgte im Rahmen persönlicher Interviews. Hierfür wurden insgesamt 2.380 österreichische Haushalte erfolgreich interviewt. Jedem Haushalt wurde entsprechend seiner Repräsentativität ein statistisches Gewicht zugeordnet. Typischerweise kommt es im Rahmen von Befragungen zu „sensiblen" Daten wie Einkommen oder Vermögen immer wieder zu fehlenden Antworten etwa aufgrund von Antwortverweigerungen. Im Rahmen des HFCS wurde diesem Problem mittels der Methode der multiplen Imputation entgegengewirkt. Hierbei werden fehlende Werte im Nachhinein durch geschätzte Werte ersetzt. Dieses „Imputieren" der Daten wird fünfmal wiederholt, um eine gewisse Streuung der so geschätzten Ergänzungswerte zu erreichen, was letztlich zu fünf sogenannten *Implicates* führt, die sich nur in den imputierten Werten voneinander unterscheiden. Diese Methode ermöglicht es, unvollständige Beobachtungen entsprechend zu ergänzen – sie kann aber weder einer systematischen Verzerrung der Angaben (beispielsweise einer erhöhten Anzahl von Falschangaben in gewissen Segmenten der Vermögensverteilung) noch dem Problem der Nichtteilnahme besonders vermögender Haushalte entgegenwirken.[8]

Abbildung 1 zeigt die Verteilung der österreichischen Vermögen nach Vermögensklassen, wie sie sich aus dem HFCS ergibt. Die Balken zeigen an, welcher Anteil der österreichischen Bevölkerung sich in der entsprechenden Vermögenskategorie befindet. Die oberste Vermögensklasse beginnt hier mit einem Nettovermögen (Bruttovermögen abzüglich Schulden) von 500.000 Euro und umfasst etwas mehr als 11% der Bevölkerung.

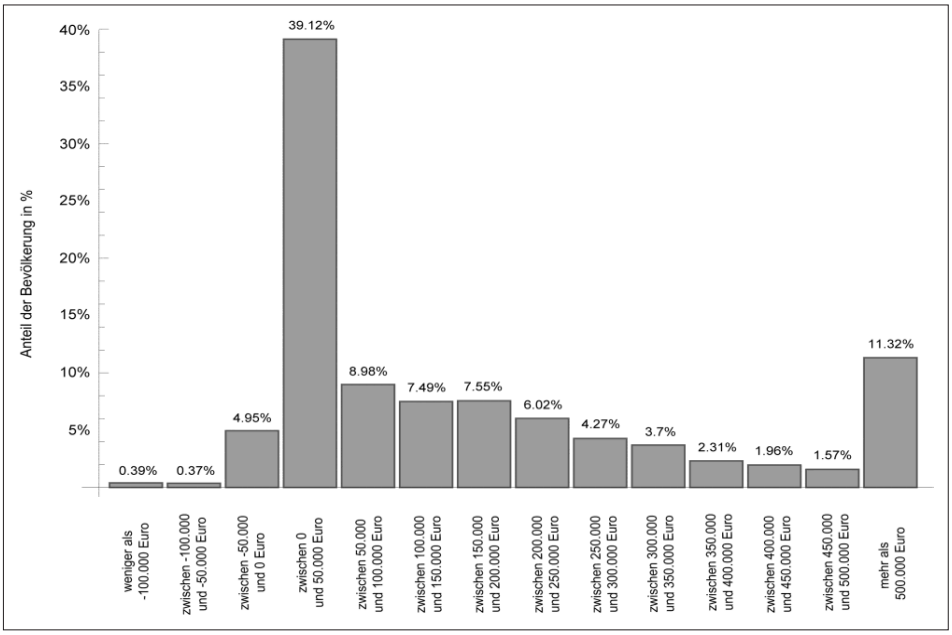
Auf Basis der HFCS-Daten lassen sich aber freilich auch wesentlich genauere Darstellungen berechnen. Ein Beispiel hierfür ist Tabelle 1, die für die Perzentile 95 bis 100 der Vermögensverteilung das kumulierte sowie das durchschnittliche Vermögen zeigt. Eine Darstellung der gesamten Perzentil-Liste findet sich in Eckerstorfer et al. (2013), Anhang I.

Eine andere Variante, um die Verteilung des bestehenden Vermögens abzubilden, ist das Heranziehen einer kumulierten Verteilungsfunktion. Diese zeigt, wie sich die erwarteten Werte (d. h. die anzutreffenden Vermögen) relativ zur Bevölkerung verhalten und ermöglicht Aussagen wie: „Die oberen 20% der Vermögensverteilung haben ein Nettovermögen größer als 310.000 Euro" oder „MillionärInnen finden sich nur in den oberen

5% der Vermögensverteilung“. Zur leichteren Interpretation sind in der nachstehenden Abbildung einige Orientierungshilfen eingetragen.

Abbildung 3 zeigt eine etwas augenfälligere Darstellung derselben Vermögensverhältnisse anhand der HFCS-Daten. Hier wird das Vermögen bestimmter Segmente der Vermögensverteilung gemäß der sich aus dem HFCS ergebenden Anteilen am Gesamtvermögen abgebildet.

Abbildung 1: Die Nettovermögensverteilung in Österreich nach Vermögensklassen auf Basis der HFCS-Daten



Quelle: Replikation; Original in Fessler et al. (2012) 41.

Tabelle 1: Vermögensverteilung der obersten 5 Perzentile

Perzentil	Gesamtvermögen im Perzentil	Durchschnittsvermögen im Perzentil
96	€ 38,8 Mrd.	€ 1,0 Mio.
97	€ 48,7 Mrd.	€ 1,3 Mio.
98	€ 65,5 Mrd.	€ 1,7 Mio.
99	€ 94,1 Mrd.	€ 2,5 Mio.
100	€ 237,0 Mrd.	€ 6,4 Mio.

Quelle: eigene Berechnungen.

Abbildung 2: Verteilungsfunktion der österreichischen privaten Nettovermögen auf Basis der HFCS-Daten

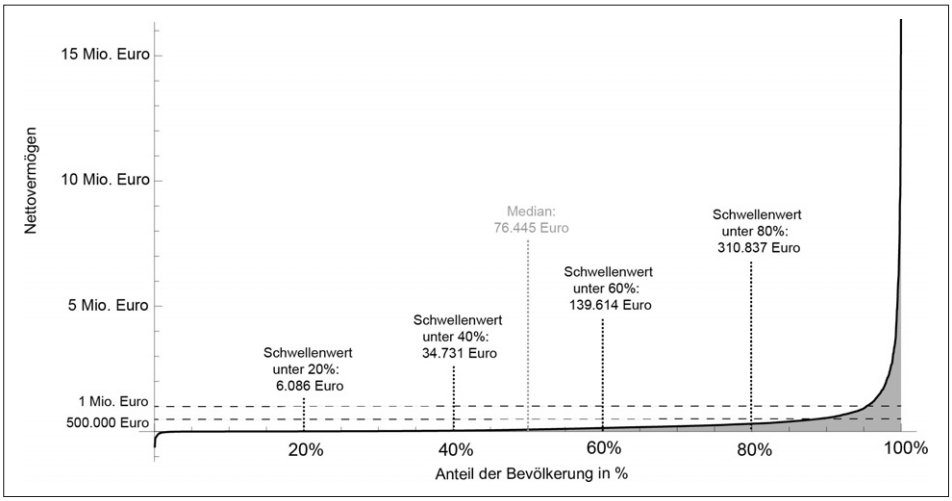
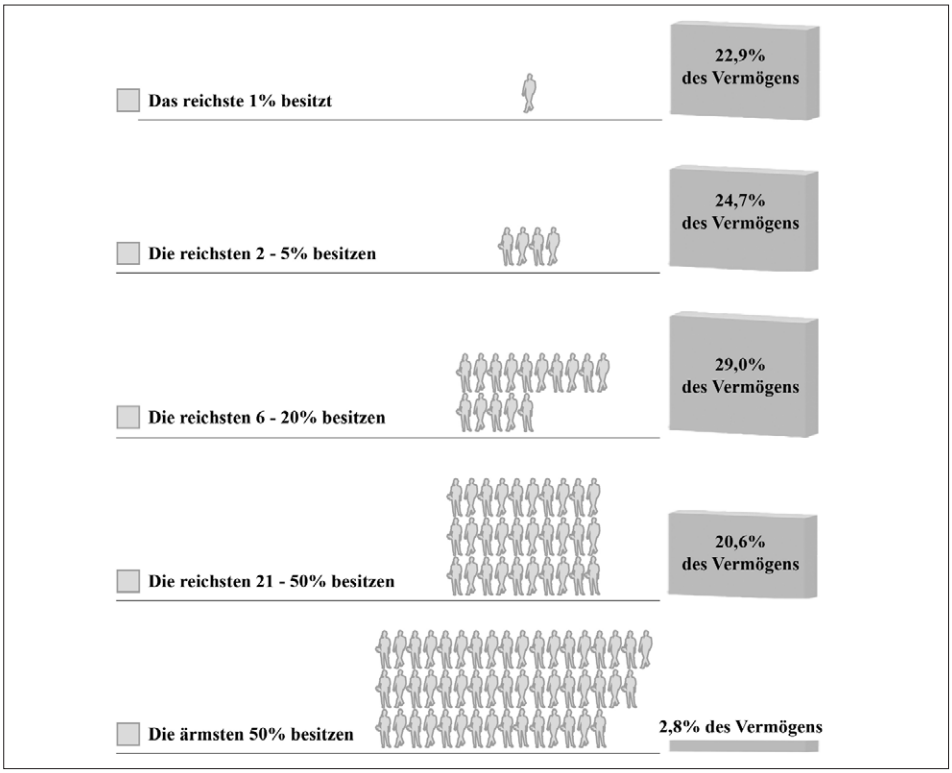


Abbildung 3: Darstellung von relativen Nettovermögensanteilen mittels der HFCS-Daten

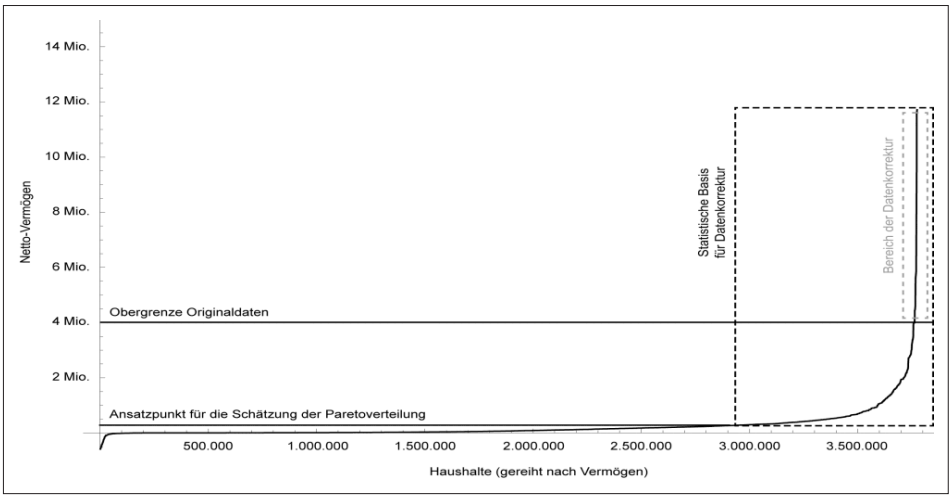


3. Zur Korrektur des fehlenden Reichtums: Eine Methode zur Schätzung des österreichischen Privatvermögens

Typisch für die Verteilung von Einkommen und Vermögen ist, dass diese ab einem gewissen Schwellenwert durch ein Potenzgesetz abbildbar erscheinen – eine Eigenschaft, die sich in der Annahme einer Pareto-Verteilung widerspiegelt. Dieser ursprünglich von Vilfredo Pareto (1896) für die Einkommensverteilung Italiens identifizierte Zusammenhang wurde in zahlreichen Studien zur Schätzung des oberen Einkommens- und Vermögenssegmentes herangezogen.[9] Hervorzustreichen ist jedenfalls, dass Einkommen und Vermögen eben nur ab einem gewissen Schwellenwert paretoverteilt sind. Altzinger (2009) etwa gibt für die Verteilung von Einkommen die obersten 20% als Richtwert an.[10]

Die hier angewandte Strategie zur Schätzung der obersten Vermögen folgt dabei im Wesentlichen drei Schritten: Zuerst wird auf Basis der verfügbaren Daten für einen oberen Abschnitt der Verteilung eine Pareto-Verteilungsfunktion geschätzt. Der genaue Schwellenwert ergibt sich dabei rein aus statistischen Kriterien. In einem zweiten Schritt werden alle HFCS-Beobachtungen mit einem Nettovermögen größer als 4 Mio. Euro, also etwa das reichste Prozent der Haushalte (oberstes Vermögensperzentil), aus den Daten entfernt. Der Grund hierfür ist, dass in diesem Bereich zwar reiche Haushalte (bis rund. 20 Mio. Euro), aber eben keine besonders reichen Haushalte (mit einem Vermögen größer als 20 Mio. Euro) erfasst sind, jedoch die vorhandenen Datensätze im HFCS als für das gesamte Perzentil repräsentativ behandelt werden.[11] In einem dritten Schritt werden Haushalte mit einem Vermögen größer als 4 Mio. Euro auf Basis

Abbildung 4: Veranschaulichung der Methode zur Datenkorrektur



der geschätzten Pareto-Verteilung generiert und den Daten hinzugefügt. So wird sichergestellt, dass auch extrem reiche Haushalte im Sample vorhanden sind. Die nachstehende Abbildung 4 fasst die hier implementierte Vorgangsweise schematisch zusammen. Alle relevanten Rechenschritte sind in Eckerstorfer et al. (2013), Anhang II und Anhang IV, im Detail dargestellt.

3.1 Bestimmung der Verteilungsparameter

Bei der Anwendung der Pareto-Verteilung ist die Wahl eines geeigneten Ansatzpunktes für die Verteilung von zentraler Relevanz. Gesucht wird dabei jener Schwellenwert *X,* für den gilt, dass alle Vermögenswerte größer als *X* paretoverteilt sind. Obgleich die Wahl dieses Ansatzpunktes eine beträchtliche Implikation für die Ergebnisse mit sich bringen kann, wird dieser nur in seltenen Fällen mit Hilfe statistischer Methoden bestimmt, sondern zumeist der Literatur oder theoretischen Erwägungen entlehnt.[12]

In unserer Studie wurde primär die erste Strategie verfolgt und der relativ geeignetste Ansatzpunkt isoliert. Im Detail wurde diese Operation wie folgt durchgeführt: Zuerst wurden die Schwellenwerte für die Perzentile 71-100 bestimmt und über alle fünf Imputationen mit Hilfe eines *Maximum Likelihood*-Schätzers[13] die entsprechenden Parameterwerte errechnet. Dies liefert für jedes *Implicate* 30 verschiedene Pareto-Verteilungen (jeweils mit einem der Perzentile 71-100 als Ansatzpunkt). Die resultierenden Spezifikationen der Verteilungsfunktion wurden in einem zweiten Schritt mit Hilfe eines für diese Fragestellung geeigneten statistischen Tests, dem Cramer-von-Mises-Test, auf ihre Plausibilität in Relation zu den zugrunde liegenden Daten hin überprüft. Eine wichtige methodische Anmerkung in diesem Kontext ist, dass die Nullhypothese dieser Tests annimmt, die Daten entsprächen einer Pareto-Verteilung mit den jeweiligen Parametern. Gemäß dieser Interpretation sind hohe p-Werte bei den Tests als Signum für die entsprechende Verteilung auszulegen, da in diesen Fällen die Nullhypothese nicht verworfen werden kann.

Tabelle 2: Nettovermögen und geschätzte Pareto-Alphas am Schwellenwert des 78. Perzentils

Imputation	Paretos Alpha	Ansatzpunkt für Pareto-Verteilung
#1	1,29	Nettovermögen von 281.242 Euro
#2	1,15	Nettovermögen von 287.809 Euro
#3	1,33	Nettovermögen von 289.811 Euro
#4	1,25	Nettovermögen von 293.161 Euro
#5	1,37	Nettovermögen von 288.422 Euro
Durchschnitt	1,28	Nettovermögen von 288.089 Euro

Hier wurde ersichtlich, dass gerade die Daten am oberen Rand der Verteilung als Ansatzpunkte für eine formale Modellierung nur wenig vertrauenswürdig scheinen, da hier die statistischen Resultate stark mit der jeweils verwendeten Grundgesamtheit schwanken. Umgekehrt gibt es Bereiche konstanterer Schätzungen (etwa rund um das 80. Perzentil), in denen sich die Schwankungen über die Grundgesamtheit bzw. zwischen den Imputationen innerhalb eines relativ stabilen Korridors einpendeln. Der konkrete Ansatzpunkt für die Pareto-Verteilung wurde schließlich in zwei Schritten gewählt. Zuerst wurde ein Intervall bestimmt, in dem der Test über alle fünf Imputationen p-Werte größer als 0,2 erreichte. Um in diesem Intervall den aus statistischer Sicht vertrauenswürdigsten Ansatzpunkt zu bestimmen, wurde in Folge nach jenem Punkt gesucht, in dem das Minimum der fünf p-Werte im jeweiligen Perzentil maximal ist. Für den Cramer-von-Mises-Test ist dies das 78. Perzentil. Dieses wurde in der Folge als Ansatzpunkt mit der geringsten statistischen Unsicherheit identifiziert und als Basis für alle weiteren Berechnungen verwendet. Tabelle 2 zeigt die geschätzten Werte für die Pareto-Alphas sowie die Nettovermögen der jeweiligen Ansatzpunkte (Schwellenwert des 78. Perzentils) über alle fünf Imputationen.

3.2 Elimination und Ergänzung von Haushalten

Die Korrektur des vorhandenen Datensatzes erfolgt in insgesamt vier Schritten: Zuerst werden dabei all jene Beobachtungen im HFCS eliminiert, die ein Nettovermögen von über 4 Mio. Euro aufweisen (jener Teil der Daten, der als nicht repräsentativ erachtet wurde). Durch diese Maßnahme gehen relativ wenig Haushalte verloren (je nach Imputation zwischen 8 und 30 Beobachtungen, die zwischen 11.374 und 44.081 Haushalte repräsentieren), wobei man hier analog zum bereits Gesagten annimmt, dass in diesen Beobachtungen besonders reiche Haushalte nicht bzw. nicht ausreichend abgebildet sind.

In einem zweiten Schritt wird die jeweilige kumulative Pareto-Verteilungsfunktion mit den zuvor geschätzten Parametern herangezogen und auf Basis einer Schlussrechnung die Zahl der Haushalte errechnet, die ein Nettovermögen über 4 Mio. Euro aufweisen.[14] Diese Vorgangsweise impliziert, dass zur Ergänzung fehlender Haushalte nur auf die qualitativ hochwertigen Daten aus der HFCS-Erhebung zurückgegriffen werden muss und – im Gegensatz zu anderen derartigen Ansätzen[15] – vergleichsweise weniger verlässliche Quellen (z. B. Reichenlisten) nicht in die entsprechenden Berechnungen einfließen.

Der nächste Schritt erfordert die Generierung der gerade berechneten Anzahl an Haushalten mit einem Nettovermögen über 4 Mio. Euro. Diese erfolgt mittels Ziehung aus der zuvor ermittelten Verteilungsfunktion,

wobei hierzu der gewichtete Durchschnitt aus fünf Ziehungen verwendet wird und die Anzahl der zu ziehenden Haushalte von Imputation zu Imputation unterschiedlich ist (die entsprechenden Werte liegen dabei zwischen 22.982 und 40.252 Haushalte). Diese werden in der Folge dem HFCS-Datensatz mit einem Gewicht von 1 hinzugefügt. Jeder gezogene Haushalt repräsentiert damit exakt einen Haushalt der Grundgesamtheit der österreichischen Bevölkerung.

Zuletzt müssen die durch die vorgenommene Modifikation nicht mehr völlig konsistenten Gewichtungen der Original-Haushalte korrigiert werden.[16] Dabei werden die Nettoveränderungen innerhalb der jeweiligen Imputationen (diese bewegen sich zwischen +17.000 und –4.000 Haushalten) in Relation zur Gesamtbevölkerung gesetzt und die originalen Gewichte dementsprechend abgeschmolzen bzw. aufgewertet.[17]

Einen letzten nennenswerten Faktor bildet die vorgenommene „Deckelung“ der Zufallsziehung. Die zufällig zu ziehenden Vermögenswerte wurden mit einer Milliarde Euro gedeckelt. Obgleich das Modell eine durchaus realistische Anzahl an MilliardärInnen schätzt (ca. 30 Milliardärshaushalte), haben wir uns entschieden, die entsprechende Ziehung zu begrenzen, da die Schätzung des äußersten Randes einer Verteilung immer mit besonders hoher Unsicherheit behaftet ist. Daher enthalten die verwendeten Stichproben aus Gründen der kalkulatorischen Vorsicht keine MilliardärInnen.

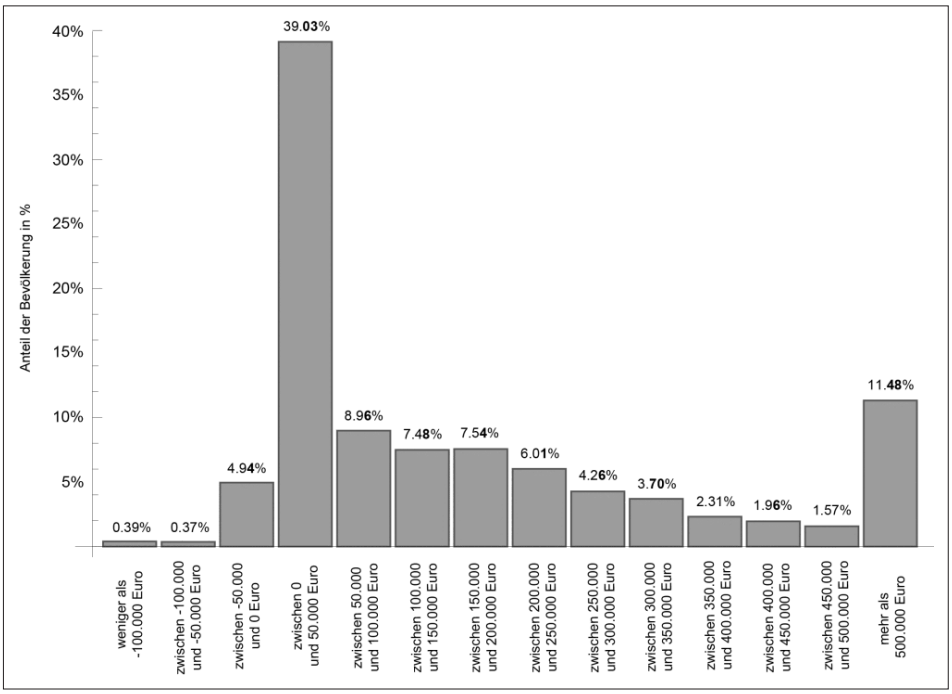
4. Die Vermögensverteilung in Österreich unter Berücksichtigung der Datenkorrektur

Eine erste zentrale Frage hinsichtlich der hier vorgenommenen Datenmodifikation ist die Auswirkung der Berücksichtigung der Spitzenvermögen auf die Gesamtstruktur der Stichprobe. Um diesen Aspekt zu analysieren, zeigt Abbildung 5 in Analogie zu Abbildung 1 wiederum die auf Vermögensklassen aufgeteilte Gesamtbevölkerung. Veränderungen in den Werten bzw. der Darstellung werden dabei fett hervorgehoben. In dieser Variante der aggregierten Darstellung ist nur eine minimale Veränderung erkennbar. Zu sehen ist dabei lediglich, dass die Zahl der Haushalte mit einem Nettovermögen über € 500.000 aufgrund der Korrektur der Stichprobe leicht ansteigt und dass sich analog dazu Anteile der anderen Vermögensklassen leicht reduzieren.

Auch eine Replikation der Perzentilliste wie in Tabelle 1 bringt vergleichbare Ergebnisse: Besonders eklatant ist nur der Vermögensstand des reichsten Perzentils gewachsen, nämlich um 98,6%. Damit steigt auch das sich aus der Schätzung ergebende gesamte Nettovermögen signifikant von etwa 1000 Mrd. Euro auf etwa 1249 Mrd. Euro. Die nachstehende

Tabelle 3 zeigt die Daten der obersten fünf Perzentile. Die gesamte modifizierte Perzentilliste findet sich wiederum in Eckerstorfer et al. (2013), Anhang III.

Abbildung 5: Die Nettovermögensverteilung in Österreich nach Vermögensklassen auf Basis der modifizierten HFCS-Daten



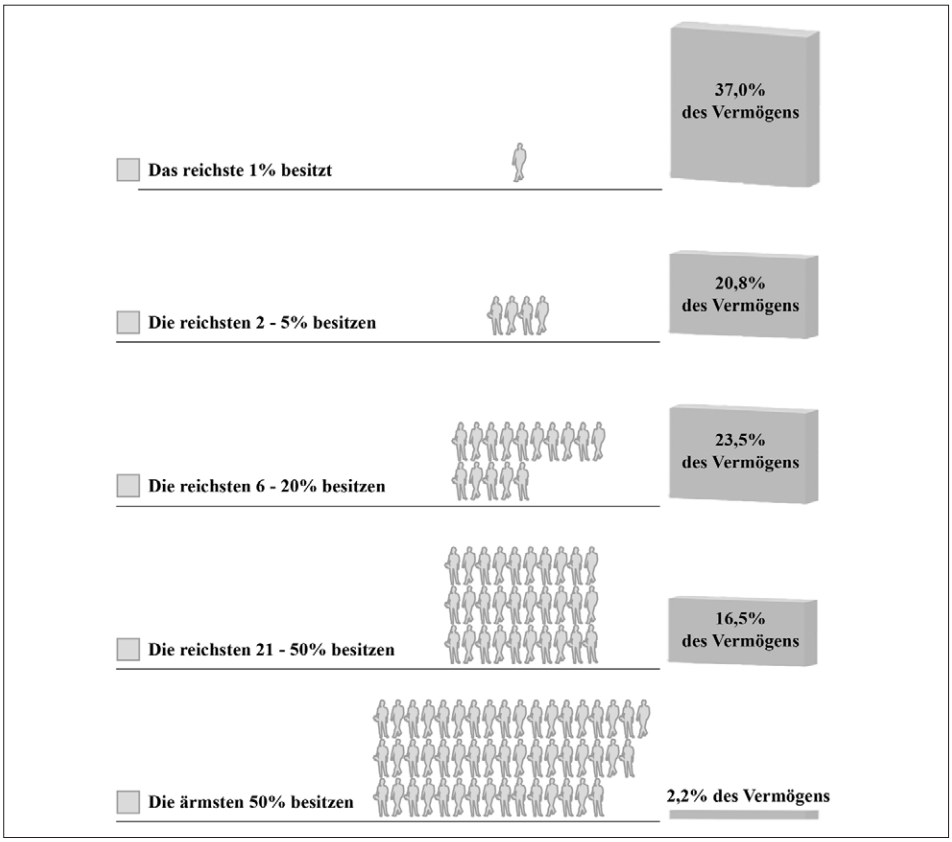
Quelle: Replikation von Abbildung 1; Unterschiede hervorgehoben.

Tabelle 3: Die Nettovermögen der reichsten fünf Perzentile auf Basis der modifizierten HFCS-Daten

Perzentil	Gesamtvermögen im Perzentil	Durchschnittsvermögen im Perzentil
96	€ 40,4 Mrd.	€ 1,1 Mio.
97	€ 50,8 Mrd.	€ 1,3 Mio.
98	€ 66,6 Mrd.	€ 1,8 Mio.
99	€ 101,0 Mrd.	€ 2,7 Mio.
100	€ 469,1 Mrd.	€ 12,7 Mio.

Analog zu Abbildung 3 zeigt Abbildung 6 die veränderten Vermögensverhältnisse (Nettovermögen) anhand des Anteils verschiedener Vermögensgruppen. Beachtenswert ist hier, dass der Anteil des obersten Prozents von 22,9% auf 37% des Gesamtvermögens ansteigt.

Abbildung 6: Darstellung von relativen Nettovermögensanteilen mittels der korrigierten HFCS-Daten



5. Anwendungsfall Vermögensbesteuerung

Um ein Beispiel für die praktische Anwendbarkeit der modifizierten Daten zu geben und die Implikationen dieser Modifikation für die Praxis zu illustrieren, werden nun im vorliegenden Kapitel verschiedenste hypothetische Vermögenssteuervarianten auf deren Aufkommen hin geschätzt. An dieser Stelle sei zu erwähnen, dass es in Österreich in der Vergangenheit bereits eine Vermögenssteuer gab, welche allerdings 1993 abgeschafft wurde.[18] Bei den hier vorgeschlagenen Vermögenssteuermodellen werden, im Unterschied zu der ursprünglichen Variante, ausschließlich Haushalte (und damit keine Körperschaften) als Steuersubjekte herangezogen. Das in Körperschaften gebundene Vermögen wird dabei allerdings in den folgenden Modellrechnungen nicht ignoriert – vielmehr ist es als Bestandteil der Privatvermögen der Haushalte auch relevant für die Bestimmung

der jeweiligen Bemessungsgrundlagen. Firmenvermögen wird hier also auf der Ebene der Privathaushalte, die Firmen besitzen, besteuert – die Firmen selbst werden daher nicht als Steuersubjekte behandelt.

Im Folgenden werden sechs verschiedene Steuertarife auf Basis von vier unterschiedlichen Kombinationen von Annahmen analysiert: Zuerst wird der jeweilige Tarif schlicht mit den unveränderten Originaldaten durchgerechnet. Eine zweite Simulation liefert ein Schätzergebnis für den modifizierten Datensatz. Eine dritte Anwendung liefert ein Schätzergebnis auf Basis der modifizierten Daten und unter Berücksichtigung von Ausweicheffekten seitens der Steuersubjekte. Zur Quantifizierung dieser Effekte wurden in der entsprechenden Literatur etablierte Größen herangezogen.[19] Schließlich wird in der letzten Variante untersucht, wie sich sehr starkes Ausweichverhalten auf die Aufkommensschätzung auswirkt. Zu diesem Zweck wird von den doppelten Werten von Bach und Beznoska (2012) ausgegangen.[20] Dabei stehen im Nachfolgenden vor allem die errechneten Steueraufkommen im Vordergrund – es können aber auch jederzeit alternative Indikatoren im Modell bestimmt werden (z. B. Anzahl der betroffenen Haushalte).

Bei den ersten beiden simulierten Tarifen handelt es sich um lineare Steuermodelle mit einem Freibetrag von 500.000 Euro (was in etwa eine Besteuerung des obersten Dezils bedeuten würde) in Modell I und 1 Mio. Euro in Modell II. Der Steuersatz beträgt jeweils 1%. Bei den anderen vier Modellen handelt es sich jeweils um progressive Tarife. Das erste dieser Modelle besteht aus einem zweistufigen Steuertarif mit einem Freibetrag von 1 Mio. Euro und eher niedrigen Steuersätzen (0,3% zwischen 1 und 2 Mio., darüber 0,7%). Die verbleibenden Tarife sind jeweils dreistufig: Variante 2 hat einen Freibetrag von 700.000 Euro (Steuersätze: 700.000-1 Mio.: 0,5%; 1-2 Mio.: 1%; >3 Mio.: 1,5%) und Variante 3 von 1 Mio. Euro (Steuersätze: 1-2 Mio.: 0,7%; 2-3 Mio.: 1%; >3 Mio.: 1,5%). Variante 4 besteht schließlich aus einem Steuermodell, bei dem das Ausmaß der Besteuerung mit steigendem Vermögen überproportional ansteigt. Im Detail sieht dieser Tarif einen Freibetrag bis 2 Mio. Euro vor – ab diesem Punkt würde ein Steuersatz von 1% (bis 10 Mio.), 2% (zwischen 10 und 100 Mio.) und 5% (ab 100 Mio.) schlagend werden.

Die nachstehende Tabelle 4 zeigt die geschätzten Steueraufkommen unter Berücksichtigung der hier angenommenen Freibeträge und Steuersätze. Der Effekt der Datenkorrektur ist für alle Modelle eine Erhöhung des erwarteten Steueraufkommens, wobei dieser Effekt für progressive Tarifmodelle wesentlich stärker ausfällt als für lineare Modelle. Dieses Ergebnis war freilich zu erwarten: Die Korrektur am oberen Ende der Verteilungsstatistik wirkt sich notwendigerweise gerade im Kontext progressiver Steuertarife, die verstärkt auf den oberen Rand der Vermögensverteilung zugreifen, stärker aus. Interessant ist dabei insbesondere, dass eine

Schätzung der Originaldaten die lineare, also am wenigsten progressive Lösung als aufkommensstärkste Variante aufweist, während für die modifizierten Daten die progressivste aller Tarifvarianten auch jene mit der höchsten Aufkommensintensität darstellt. Allerdings wäre im Falle einer solchen Tarifgestaltung vermutlich mit wesentlich stärkeren Ausweicheffekten zu rechnen, als hier angenommen wurde.

Tabelle 4: Resultate Vermögenssteuersimulationen (Aufkommensschätzung)

	Originaldaten	Modifizierte Daten	Modifizierte Daten und Ausweicheffekte	Modifizierte Daten und starke Ausweicheffekte
Lineares Modell I *Freibetrag: 500.000 €* *Steuersatz: 1%*	€ 4,3 Mrd.	€ 6,8 Mrd.	€ 5,1 Mrd.	€ 4,4 Mrd.
Lineares Modell II *Freibetrag: 1 Mio. €* *Steuersatz: 1%*	€ 3,0 Mrd.	€ 5,4 Mrd.	€ 4,1 Mrd.	€ 3,5 Mrd.
Progressive Steuer I *Freibetrag: 1 Mio. €* *Steuersatz: 1-2 Mio.: 0,3%; >2 Mio.: 0,7%*	€ 1,6 Mrd.	€ 3,3 Mrd.	€ 2,6 Mrd.	€ 2,2 Mrd.
Progressive Steuer II *Freibetrag: 700.000 €* *Steuersatz: 700.000-2 Mio.: 0,5%;* *2-3 Mio.: 1%; >3 Mio.: 1,5%*	€ 3,4 Mrd.	€ 7,0 Mrd.	€ 5,4 Mrd.	€ 4,6 Mrd.
Progressive Steuer III *Freibetrag: 1 Mio. €* *Steuersatz: 1-2 Mio.: 0,7%; 2-3 Mio.: 1%;* *>3 Mio.: 1,5%*	€ 3,3 Mrd.	€ 6,9 Mrd.	€ 5,3 Mrd.	€ 4,5 Mrd.
Progressive Steuer IV *Freibetrag: 2 Mio. €* *Steuersatz: 2-10 Mio.: 1%;* *10-100 Mio.: 2%; >100 Mio.: 5%*	€ 2,2 Mrd.	€ 8,5 Mrd.	€ 6,5 Mrd.	€ 5,4 Mrd.

Dennoch gilt auch für die weniger stark progressiven Tarife derselbe Zusammenhang: Auch diese gehen – bei Verwendung der modifizierten Daten – mit einem höheren Steueraufkommen einher.

Die Validität der hier angegebenen Schätzungen hängt dabei im Wesentlichen davon ab, inwieweit ein etwaig zu implementierendes Steuermodell tatsächlich die im HFCS abgebildeten Vermögenswerte erfasst. Hier sind institutionelle und rechtliche Rahmenbedingungen und damit die genaue legistische Definition der Steuerbemessungsgrundlage bzw. des

Besteuerungsmodus von entscheidender Relevanz und können massiven Einfluss auf die Schätzergebnisse nehmen. Zumindest die nachstehenden drei Aspekte sind für die Validität der Schätzung von besonderer Bedeutung: Erstens beruhen die hier vorliegenden Schätzung auf der Annahme, dass eine etwaige Besteuerung auf Haushaltsbasis vorgenommen wird und auch die vorgeschlagenen Freibeträge auf dieser Ebene angesetzt werden. Würde man hier ein alternatives Prinzip implementieren – etwa eine Besteuerung auf Personenbasis –, wären völlig andere Werte zu erwarten. Zweitens basieren die hier angenommenen Parameter zur Beschreibung von Ausweicheffekten nicht auf einer eigenen empirischen Untersuchung sondern wurden aus Bach und Beznoska (2012) übernommen, woraus sich eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich der Brauchbarkeit dieser Parameter zur Beschreibung der österreichischen Situation ergibt. Aus diesem Grund wurde auch eine Variante mit verdoppelten Ausweicheffekten modelliert (siehe Tabelle 4), um die Folgen einer möglichen Unterschätzung von Ausweichreaktionen zu illustrieren. Drittens stellt sich noch die Frage nach der Übereinstimmung zwischen den im HFCS angegebenen Werten, die auf einer Selbsteinschätzung der Haushalte beruhen, und den im Rahmen eines etwaigen Besteuerungsmodell implementierten Bemessungsgrundlagen. In diesem Kontext ist es offensichtlich, dass eine definitorische Übereinstimmung zwischen den angegebenen Daten und einem etwaigen Steuermodell entscheidend für die Brauchbarkeit der in Tabelle 4 abgebildeten Schätzungen ist. So wird etwa im HFCS der ungefähre Marktwert von Immobilien angegeben – würde man hier allerdings eine Besteuerung auf Basis der Einheitswerte anstelle von Marktwerten vorsehen, ergäbe sich eine massive Änderung für das erwartete Aufkommen, da Einheitswerte oft nur einen Bruchteil der Marktwerte ausmachen. Eine ähnliche Beobachtung kann im Zusammenhang mit dem Firmenvermögen notiert werden: Hier wurden die Haushalte nach dem Wiederverkaufswert ihres Betriebs gefragt, wobei unklar bleibt, nach welchen Kriterien einzelne Haushalte ihr Firmenvermögen bewerten. Würde man eine etwaige Besteuerung auf typischen Wertermittlungsmethoden für Firmen fundieren, die zumeist auf den erwarteten *Cashflows* der kommenden Jahre basieren, könnte sich auch in diesem Kontext eine signifikante Differenz zwischen den im HFCS erhobenen und den zur Besteuerung veranschlagten Werten ergeben. In Summe sind die obigen Schätzungen also als vorsichtige Projektionen zu werten, wobei die sich ergebenden Unsicherheiten weniger aus einer mangelnden Verlässlichkeit des Datensatzes resultieren, sondern vorwiegend der Frage, inwieweit die in einem etwaigen Steuermodell abgebildeten institutionell-rechtlichen Annahmen mit den im Rahmen des HFCS erhobenen Daten korrespondieren, geschuldet sind.

Weiters ist zu konstatieren, dass die Auswirkungen der Untererfassung

im Bereich der oberen Vermögensschichten im Rahmen der HFCS-Erhebung einen wesentlich stärkeren Einfluss haben als die fehlende Inkorporation von Ausweicheffekten im Bereich der Steuersubjekte. Die Simulationsergebnisse unter Berücksichtigung von Untererfassung und Ausweicheffekten liefern wesentlich höhere Ergebnisse als eine Simulation auf Basis der Originaldaten, die beide Aspekte unberücksichtigt lässt.

6. Resümee

Der vorliegende Beitrag liefert eine erste Schätzung für das Aufkommenspotenzial einer Vermögenssteuer in Österreich. Möglich gemacht wurde eine solche Schätzung durch das erstmalige Vorliegen genauer Daten zur Vermögensverteilung in Österreich durch die von der OeNB erhobenen HFCS-Daten. Allerdings können diese Daten nicht vorbehaltlos übernommen werden, da eine Untererfassung der besonders reichen Haushalte vorliegt. Diese fehlende Erfassung wurde deshalb zuerst mittels Pareto-Verteilung korrigiert. Für die Schätzung der Pareto-Verteilung wurde dabei etwas mehr als das obere Fünftel der HFCS-Daten herangezogen. Der genaue Ansatzpunkt der Verteilung wurde dabei mit Hilfe eines geeigneten statistischen Tests (Cramer-von-Mises) bestimmt. Anschließend wird der vorhandene HFCS-Datensatz durch Zufallsziehungen aus dieser Verteilung ergänzt, um das oberste Vermögenssegment (Nettovermögen 4 Mio. Euro) besser abbilden zu können. Zugleich werden alle im HFCS vorhandenen Haushalte mit einem Vermögen über 4 Mio. entfernt.

Es zeigt sich, dass eine solche Korrektur erhebliche Auswirkungen auf die Ergebnisse hat. So steigt dadurch das geschätzte Gesamtvermögen von etwa 1.000 Mrd. Euro auf 1.249 Mrd. Euro, wovon der Großteil des Zugewinns auf das oberste Perzentil entfällt (das Vermögen dieses Perzentils steigt um 98,6%). Daraus ergibt sich u. a., dass die reichsten 10% der ÖsterreicherInnen nicht 61% (HFCS), sondern 69% des Gesamtvermögens besitzen.

Darauf aufbauend wurden sechs hypothetische Vermögenssteuervarianten auf ihr Aufkommenspotenzial hin geschätzt. Hier zeigt sich, dass das Aufkommenspotenzial naturgemäß von den Steuermodellen abhängt bzw. auch von den unterstellten Ausweichreaktionen. Die Effekte der durchgeführten Datenkorrektur auf das geschätzte Steueraufkommen sind für progressiv gestaltete Modelle relativ gewichtiger als für solche mit linearem Steuertarif.

Anmerkungen

1 AKOÖ (2013).
2 IWF (2013).
3 Guttmann, Plihon (2010); Stiglitz (2012)
4 Beer et al. (2006) verwendeten OeNB-Daten zu Finanzvermögen aus dem Jahr 2004 und kamen zu dem Ergebnis, dass das durchschnittliche Finanzvermögen bei 51.790 EUR (Median: 21.855 EUR) liegt. Hahn und Magerl (2006) schätzten die Vermögensverteilung über die Disaggregation von VGR-Daten und kamen dabei zu Ergebnissen, welche mit jenen von Beer et al. (2006) konsistent sind.
5 Hoeller et al. (2012); Avery Elliehausen, Kennickell (1986).
6 Siehe dazu auch Fessler et al. (2012) 36.
7 Siehe hierzu beispielsweise Alvaredo, Saez (2009); Bach, Beznoska (2012); Bach, Beznoska, Steiner (2010); Davies et al. (2007), Durán-Cabré, Esteller-Moré (2010), Kopczuk, Saez (2004), Radner, Vaughan (1987).
8 Für nähere Details siehe Albacete et al. (2013).
9 Vgl. u. a. Altzinger (2009); Atkinson (2006); Cowell (2009); Cowell (2011); Klass et al. (2006).
10 Vgl. Altzinger (2009) 7.
11 Aus der jährlich vom Trend Magazin veröffentlichten Reichenliste ist etwa ersichtlich, dass es in Österreich einige Milliardäre gibt. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass der HFCS die besonders reichen Haushalte nicht sehr gut abbilden kann.
12 Vgl. beispielhaft Bach et al. (2010); Bach, Beznoska (2012).
13 Clauset et al. (2009).
14 Hierzu wird aus dem HFCS-Datensatz die Anzahl der Haushalte zwischen dem jeweiligen Ansatzpunkt für die Pareto-Verteilung und der 4-Millionen-Grenze entnommen und in die entsprechende Formel eingefügt. Die entsprechende kumulative Dichtefunktion (hier: CDF) liefert den Prozentanteil all jener Haushalte, die sich über dem Ansatzpunkt, aber unterhalb der 4-Millionen-Grenze befinden. Daraus ergibt sich die folgende Schlussrechnung zur Bestimmung der Zahl der Haushalte mit einem Nettovermögen größer als 4 Millionen Euro (X = Zahl der zu ergänzenden Haushalte, Y = Zahl der Haushalte zwischen Ansatzpunkt und 4 Millionen):

$$X = \frac{Y \cdot (1 - CDF)}{CDF}$$

15 Vgl. Bach et al. (2010); Bach, Beznoska (2012).
16 Dies ergibt sich aus dem Umstand, dass die sich aus Schritt 2 ergebende Anzahl der Haushalte mit einem Nettovermögen größer als 4 Millionen Euro nicht identisch ist mit der Anzahl der aus dem Datensatz eliminierten Haushalte (Schritt 3).
17 Für die Implicates 1, 3, 4 und 5 ist die Anzahl der neu hinzugefügten Haushalte größer als jene der eliminierten Haushalte (jene mit einem Vermögen über 4 Millionen Euro). Hier müssen also die Gewichte der im Datensatz verbleibenden Haushalte proportional abgeschmolzen werden. In Implicate 2 ist die Anzahl der eliminierten Haushalte größer als die Zahl der neu generierten Haushalte. Dies ergibt sich aus dem Umstand, dass im Vergleich zu den anderen Implicates die Anzahl der Haushalte mit einem Vermögen über 4 Millionen Euro deutlich höher ist und dadurch eine größere Zahl an Haushalten aus dem Sample entfernt werden muss. In der Folge müssen hier also die Gewichte der verbleibenden Haushalte proportional aufgewertet werden.
18 Das Gesamtaufkommen der Vermögenssteuer 1993 in Österreich betrug 612 Mio. Euro. Der damalige proportional gestaltete Steuersatz betrug 1% mit persönlichen Freibeträgen in Höhe von jeweils 10.900 Euro (150.000 Schilling) für den Steuerpflichtigen,

die Ehegattin sowie für jedes minderjährige Kind. Zusätzlich war ein Altersfreibetrag in gleicher Höhe für Personen über 60 Jahre vorgesehen. Auch Körperschaften, deren Vermögen hauptsächlich über die Einheitswerte des Betriebsvermögens ermittelt wurden, wurde die gleiche Freigrenze von ebenfalls 10.900 Euro gewährt. Zur Bewertung von Grundstücken und Immobilien wurde der sogenannte Einheitswert für die Steuerbemessung herangezogen. Da der Einheitswert für die meisten Grundstücke und Immobilien seit 1973 nicht valorisiert wurde, lag dieser weit unter dem tatsächlichen Verkehrswert. Dies führte zu einer massiven Unterbewertung des Grundbesitzes, was sich auch am relativ niedrigen Anteil natürlicher Personen am Gesamtaufkommen widerspiegelt; Meichenitsch (2006).

[19] In Übereinstimmung mit Bach und Beznoska (2012) unterstellen wir einen Rückgang der Bemessungsgrundlage von 24% bei Finanzvermögen sowie 13% bei Firmenvermögen. Weil Immobilienvermögen nicht ins Ausland transferiert werden kann, berücksichtigen Bach und Beznoska (2012) hier keine Ausweichreaktionen. Da die steuerliche Erfassung des Verkehrswertes einer Immobilie in der Praxis mit einigen Schwierigkeiten verbunden sein wird, nehmen wir jedoch aus Vorsichtsgründen einen Rückgang der Bemessungsgrundlage bei Immobilien von 20% an.

[20] Dies ergibt 48% bei Finanzvermögen und 26% bei Firmenvermögen. Bei Immobilienvermögen behalten wir die Annahme von 20% bei.

Literatur

AKOÖ, Verteilungsgerechtigkeit in der Krise: Fakten zu Reichtum und Steuern in Österreich (Linz 2013).

Albacete, Nicolás; Lindner, Peter; Wagner, Karin; Zottel, Siegfried, Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010: Methodische Grundlagen für Österreich, in: Geldpolitik & Wirtschaft 3 (2012), Addendum (2012).

Altzinger, Wilfried, Die Entwicklung der Spitzeneinkommen in Österreich (2009); http://www.wiwiss.fu-berlin.de/forschung/veranstaltungen/rse/papers_winter_09_10/paper_altzinger.pdf.

Alvaredo, Facundo; Saez, Emmanuel, Income and Wealth Concentration in Spain in a Historical and Fiscal Perspective, in: Journal of the European Economic Association 7 (2009) 1140-67.

Atkinson, Anthony B., Concentration among the rich (= Research Paper No. 2006/151, World Institute for Development Economics Research, Helsinki/Helsingfors 2006).

Avery, Robert B.; Elliehausen, Gregory E.; Kennickell, Arthur B., Measuring wealth with survey data: an evaluation of the 1983 survey of consumer finances, in: Review of Income and Wealth 34/4 (1986) 339-369.

Bach, Stefan; Beznoska, Martin; Steiner, Viktor, Aufkommens- und Verteilungswirkung einer Grünen Vermögensabgabe, in: DIW: Politikberatung Kompakt 59 (2010).

Bach, Stefan; Beznoska, Martin, Aufkommens- und Verteilungswirkung einer Wiederbelebung der Vermögenssteuer, in: DIW: Politikberatung Kompakt 68 (2012).

Beer, Christian; Mooslechner, Peter; Schürz, Martin; Wagner, Karin, Das Geldvermögen privater Haushalte in Österreich: eine Analyse auf Basis von Mikrodaten, in: Geldpolitik & Wirtschaft 2 (2006) 101-119.

Clauset, Aaron; Shalizi, Cosma R.; Newman, M. E. J., Power Law Distributions in Empirical Data, in: SIAM Review 51/4 (2009) 661-703.

Cowell, Frank A., Measuring Inequality (Oxford 2009).

Cowell, Frank A., Inequality Among the Wealthy (Centre for Analysis of Social Exclusion at the London School of Economics, London 2011).

Davies, James B.; Sandstrom, Susanna; Shorrocks, Anthony; Wolff, Edward N., The World Distribution of Household Wealth, Mapping Global Inequalities (Center for Global, International and Regional Studies, Santa Cruz 2007).

Durán-Cabré, José M.; Esteller-Moré, Alejandro, Tax Data for Wealth Concentration Analysis: An Application to Spanish Wealth Tax, in: Review of Income and Wealth 56/3 (2010) 620-631.

Eckerstorfer, Paul; Halak, Johannes; Kapeller, Jakob; Schütz, Bernhard; Springholz, Florian; Wildauer, Rafael, Bestände und Verteilung der Vermögen in Österreich (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 122, Wien 2013).

Eckerstorfer, Paul; Halak, Johannes; Kapeller, Jakob; Schütz, Bernhard; Springholz, Florian; Wildauer, Rafael, Reichtumsverteilung in Österreich. in: Wirtschafts- und Sozialpolitische Zeitschrift (WISO) 36/4 (2013) 37-54.

Fessler, Pirmin; Mooslechner, Peter; Schürz, Martin, Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010: Erste Ergebnisse für Österreich, in: Geldpolitik & Wirtschaft 3 (2012) 26-67.

Guttmann, Robert; Plihon, Dominique, Consumer debt and financial fragility, in: International Review of Applied Economics 24/3 (2010) 269-283.

Hahn, Franz R.; Magerl, Christa, Vermögen in Österreich, in: WIFO Monatsbericht 1 (2006).

Hoeller, Peter; Joumard, Isabelle; Bloch, Debra; Pisu, Mauro, Less Income Inequality and More Growth Are They Compatible?: Part 1: Mapping Income Inequality Across the OECD (= OECD Working Paper No. 924, Paris 2012).

IWF, Taxing Times, in: Fiscal Monitor (Oktober 2013).

Klass, Oren S.; Biham, Ofer; Levy, Moshe; Malcai, Ofer; Solomon, Sorin, The Forbes 400 and the Pareto wealth distribution, in: Economics Letters 90/2 (2006) 290-295.

Kopczuk, Wojciech; Saez, Emmanuel, Top Wealth Shares in the United States, 1916-2000: Evidence from Estate Tax Returns (= NBER Working Paper 10399, Washington, D. C., 2004).

Meichenitsch, Josef, Realisierung einer Vermögenssteuer in Österreich, in: Kurswechsel 1 (2006) 74-86.

Pareto, Vilfredo, La Courbe de la Répartition de la Richesse, in: Busino, Giovanni (Hrsg.), Oevres Completes de Vilfredo Pareto (Genf 1965 [1896]).

Radner, Daniel B.; Vaughan, Denton R., Wealth, Income, and the Economic Status of Aged Households, in: Wolff, Edward N. (Hrsg.), International Comparisons of the Distribution of Household Wealth (New York 1987) 93-120.

Schnellenbach, Jan, The economics of taxing net-wealth: A survey of the issues (= Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik 12/5, Freiburg 2012).

Stiglitz, Joseph E., The price of inequality: How today's divided society endangers our future (New York, London 2012).

Wilkinson, Richard G.; Pickett, Kate E., The problems of relative deprivation: why some societies do better than others. in: Social Science & Medicine 65/9 (2007) 1965-1978.

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag schätzt das Aufkommenspotenzial einer Vermögenssteuer für Österreich. Möglich gemacht wird eine solche Schätzung durch die erste umfassende Erhebung zum Vermögen österreichischer Privathaushalte im Rahmen des von der Europäischen Zentralbank koordinierten und von der Oesterreichischen Nationalbank für Österreich durchgeführten „Household Finance and Consumption Survey“ (HFCS). Trotz akribischer Erhebung und sorgfältiger statistischer Aufbereitung der gesammelten Daten besteht allerdings ein Problem hinsichtlich der fehlenden oder unzureichenden Erfassung der obersten Vermögensbestände, die in den Händen einiger weniger Haushalte konzentriert sind. Damit geht eine systematische Unterschätzung des Gesamtvermögens privater Haushalte in Österreich sowie eine Verzerrung der tatsächlichen Vermögensverteilung einher. Um diese Verzerrung zu kompensieren, greift der vorliegende Beitrag auf die in der ökonomischen Literatur etablierte Annahme einer Pareto-Verteilung der obersten Vermögensbestände zurück. Bei dieser Methode wird zuerst eine geeignete Spezifikation der Pareto-Verteilung nach statistischen Kriterien bestimmt und in Folge der oberste Rand der Vermögensverteilung durch eben jene Pareto-Verteilung korrigiert. Durch diese Korrektur steigt das Gesamtvermögen der privaten Haushalte von etwa 1.000 Mrd. Euro auf 1.249 Mrd. Euro an, wobei sich die Korrektur am stärksten auf den Vermögensbestand des reichsten Prozents aller Haushalte auswirkt. Dieser steigt von durchschnittlich 6,4 Mio. Euro um 98,6% auf 12,7 Mio. Euro. Das sich daraus ergebende Aufkommenspotenzial einer Vermögenssteuer hängt vom verwendeten Steuermodell und von den unterstellten Ausweichreaktionen ab. Der Einfluss der Datenkorrektur auf das geschätzte Aufkommenspotenzial zeigt sich am stärksten bei den progressiv gestalteten Steuermodellen.

Abstract

This paper estimates the potential revenues of a wealth tax for Austria. This becomes possible due to the first comprehensive survey on Austrian household wealth (Household Finance and Consumption Survey, HFCS), which was coordinated by the European Central Bank and conducted by the Austrian National Bank. Surveys concerning sensitive data such as personal wealth do, however, face the problem that they do not accurately capture the top of the distribution, i.e. the wealthiest households. Since a considerable amount of wealth is concentrated in the hands of very few households, this leads to an underestimation of total wealth as well as biased results concerning the distribution of wealth. In order to compensate for this shortcoming, we employ the common assumption that the wealthiest households can be described by a Pareto distribution. Here we first specify a proper Pareto distribution according to statistical criteria and then use this Pareto distribution to correct the upper part of the wealth distribution. Due to this correction, total private wealth increases from about 1,000 billion Euros to 1,249 billion Euros, where the correction has the largest impact for the richest 1% of households. The wealth of the latter increases by 98.6%, i.e. from 6.4 billion.Euros to 12.7 billion Euros. The potential revenue of a wealth tax depends on the applied tax model as well as the assumed behavioural responses. The impact of the data correction is most apparent for progressive tax models.